

Verfahren rascher einstellen

Eric Frey

29. Oktober 2013, 17:25

Peter Lewisch empfiehlt Staatsanwaltschaft, sich auf ernsthafte Fälle zu konzentrieren

Die wachsende Zahl von Wirtschaftsstraftaten hat Auswirkungen auf das Verhalten österreichischer Manager und die Abläufe in Unternehmen - positive wie auch negative. Bei einem Jus-Alumni-Frühstück im Standard sprach Peter Lewisch, Rechtsanwalt in der Sozietät CHSH und seit zwei Jahren Professor für Straf- und Strafprozessrecht am Wiener Juridicum, über die Schattenseiten der immer häufigeren Strafverfolgung von Managern.

Einerseits warnt Lewisch davor, dass bei Konflikten im Geschäftsleben immer öfter Strafanzeigen als Alternative zu Zivilklagen eingesetzt werden. Ein Verfahren wegen Betrugs oder Untreue schmerze den Betroffenen besonders und habe daher ein größeres Drohpotenzial. "Das ist ein angenehmer Hebel", sagt Lewisch, der selbst in zahlreichen Wirtschaftsstraftaten vertritt.

Das Strafrecht diene hier als "Wunderwuzzi", das Probleme bei der Formulierung einer Zivilklage lösen sollte. Das sei allerdings verkehrt: "Wenn es keine Grundlage für eine Zivilklage gibt, dann kann es auch nicht strafrechtlich relevant sein", sagt Lewisch.

Andererseits gebe es eine Tendenz in der Staatsanwaltschaft, bei jeder noch so allgemein formulierten Anzeige Ermittlungen aufzunehmen und einen Akt anzulegen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, irgendjemanden zu schützen. Dadurch aber würden zu viele Ressourcen der Justiz in unnötigen Verfahren gebunden werden. Für die wirklich ernstesten Fälle fehle dann das notwendige Personal, dadurch würden sich große Verfahren über Jahre in die Länge ziehen.

Verfahren belasten schwer

Ein Verfahren sei auch eine schwere Belastung für die Beschuldigten, selbst wenn es in einer Einstellung mündet. Die Staatsanwaltschaft sollte viel öfter Verfahren sofort - "vom Schreibtisch aus" - und ohne Ermittlungen einstellen, wenn es keine seriösen Indizien auf eine strafbare Handlung gibt. Dann sei auch nach der Judikatur des OGH kein Fortsetzungsantrag möglich.

Schnellere Einstellungen würden auch den Anreiz für bössartige Anzeigen reduzieren. Die Staatsanwälte sollten "die richtigen Dinge tun und nicht die Dinge richtig tun", zitiert Lewisch den aus Österreich stammenden Managementguru Peter Drucker.

Lewisch ortet in der Staatsanwaltschaft eine hohe Fluktuation, die auf Unzufriedenheit und Missmanagement hinweise. Zu viele Staatsanwälte würden darauf hoffen, rasch zu Richtern ernannt zu werden. Dies zu verändern sei ein "Mega-Management-Problem".

Die Einrichtung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) habe aber schon eine Verbesserung gebracht - in Sonderbehörden bestehe jedoch immer die Gefahr, dass sich ein elitäres Selbstbewusstsein bilde. Auch die WKStA benötige "Checks und Balances". (Eric Frey, DER STANDARD, 30.10.2013)